

**Annoncen-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Witgenstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Naube & Co.,  
Haase & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Gdansk  
beim „Invalidendank“.

Nr. 725.

Sonntag, 15. Oktober.

1881.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Posen 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

## Amtliches.

**Berlin, 14. Oktober.** Der König hat dem Dekonomie-Kommissar  
Krause zu Hohenstein, Kreis Osterode in Ostpr., bei seinem Ausscheiden  
aus dem Staatsdienst den Charakter als Dekonomie-Kommissions-  
Rath verliehen.

Der Seminar-Direktor Rüben zu Kempen ist als Oberlehrer an das  
Gymnasium zu Düsseldorf versetzt worden. Die Berufung des ordent-  
lichen Lehrers Dr. Bisel vom Gymnasium in Trier als Oberlehrer  
an das Gymnasium zu München-Gladbach ist genehmigt.

## Politische Uebersicht.

Posen, 15. Oktober.

Der zweite Artikel der „N. A. Z.“ mit Enthüllungen über  
den Verlauf der früheren Verhandlungen zwischen  
dem Reichskanzler Fürsten Bismarck und  
Herrn v. Bennigsen wegen Eintritt des letzteren in das  
Ministerium ist seinem Hauptinhalte nach, soweit er historischen  
Charakter hat, bereits telegraphisch mitgeteilt. Wir lassen hier  
noch den Schluß dieses Artikels folgen, welcher sich auf die  
gegenwärtige Stellung des Fürsten Bismarck zur Frage  
des Tabaksmonopols bezieht. Die „N. A. Z.“ schreibt:

„Daß für den Reichskanzler die Tabaksmonopolfrage keine die  
politische Situation beherrschende Kabinettsfrage bildete, hat sein  
Verhalten, seitdem er das Monopol für sein „Ideal“ erklärt, hin-  
reichend dargelegt. Er hat von seinen Kollegen, auch von den seither  
eingetretenen, kein Programm in dieser Richtung verlangt und seine  
eigene Stellung von der Annahme des Monopols nicht abhängig  
gemacht. Das Monopol hat für ihn den sekundären Werth einer mög-  
lichen Grundlage der Alters- und Invalidenversorgung, — einer Ab-  
hilfe für einen Theil der sozialen Schäden, an denen wir krankten.  
Diese Abhilfe, die Herstellung eines besseren und ehrenvolleren Ertrages  
für die heutige Armenpflege, die Verabreichung derjenigen unserer Mit-  
bürger, welche der letzteren entgegengehen könnten, — dieser Veruch  
heilender und versöhnender Mittel als Ergänzung resp. Ersatz für die  
strengeren Sozialistengesetze wird natürlich nicht stattfinden können, so  
lange die Mittel dazu verlagert werden. Wir sind überzeugt, daß sie  
nicht immer werden verlagert werden, und daß der von dem Reichskanz-  
ler angeregte Gedanke, sei es in dieser, sei es in einer der nächsten  
Legislaturperioden von der Gesetzgebung aufgenommen werden wird,  
nicht um mit einem Schlage ein fertiges System und eine Affekuranz  
auf Glück und Zufriedenheit herzustellen, aber doch um eine neue Bahn  
zu betreten, auf welcher Verbesserungen der gegenwärtigen sozialen Zu-  
stände erreichbar sind, mit vielleicht geringen Anfängen, aber mit stei-  
gender Entwicklung.“

Die sozialpolitischen Entwürfe des Reichskanzlers stehen  
demnach noch im weiten Felde und sind ganz unbestimmter  
Natur.

Die „N. L. C.“ schreibt:

„Der „Kurzzeitung“ zufolge wird Herr v. Schlözer in diesem  
Jahre nicht mehr nach Europa zurückkehren. Es sind sonach neue  
Verhandlungen mit der Kurie für die nächsten Monate nicht  
in Aussicht genommen, sie müßten denn, was gewiß nicht zweckmäßig  
befunden werden dürfte, durch eine andere Persönlichkeit geführt wer-  
den. Daß eine Verständigung mit der Kurie über sachliche Fragen der  
Kirchenpolitik bisher nicht erzielt worden, ging aus den offiziellen An-  
kündigungen mit hinlänglicher Klarheit hervor. Die Sache liegt  
demnach so, daß die Regierung ihre weitere gesetzgeberische Ak-  
tion in der kirchenpolitischen Fragen nach ihren eigenen Ent-  
schlüssen ohne Sicherheit der Zustimmung der Kurie und ihrer  
Gefolgschaft im preussischen Abgeordnetenhaus vorbereitet. Man  
mochte sich eine Zeitlang vorstellen, die Aussichten seien günstiger für  
die Verständigung des Kampfes nach den Wünschen der Kurie und des  
Ultramontanismus, und die Erkenntnis, daß man die Sachlage noch  
optimistischer aufgefaßt hatte als gerechtfertigt war, hat ohne Zweifel  
die neuerdings wieder zu bemerkender Gefährdung und Entfremdung im  
klerikalen Lager herbeigeführt. Es ist ja an sich gewiß erfreulicher,  
wenn die Kirchenvorlagen der Regierung nur nach deren eigenen Er-  
wägungen und Entschlüssen, ohne daß sie vorher in Rom den  
Stempel der Approbation erhalten haben, entworfen werden. Allein  
die Aussichten, auf diesem Wege überhaupt zu einem posi-  
tiven Resultat zu kommen, sind nicht günstig. Rechnet Herr  
v. Götter noch auf nationalliberale Mitwirkung bei  
einem neuen Kirchengesetz, so wird er über die Linie des Zulagegesetzes  
in wesentlichen Punkten nicht hinausgehen dürfen; dann würde er aber  
darauf verzichten, den neuerdings wieder so hochgestellten Ansprüchen  
der Kurie und des Zentrums zu genügen. Auf der andern Seite aber  
ist es ein ziemlich aussichtsloses Beginnen, Kirchenpolitik mit dem Zen-  
trum machen zu wollen ohne vorheriges Einvernehmen mit der Kurie.  
Daß unter diesen Umständen die gesetzgeberische Aktion auf kirchenpo-  
litischen Gebieten mit einer Niederlage der Regierung endigen muß, ist  
fast mit Sicherheit vorauszu sehen, zumal da alle Anzeichen dafür  
sprechen, daß man an dem System der diskretionären Vollmachten im  
wesentlichen festzuhalten gedenkt, das doch von allen Seiten, von kleri-  
kalen sowohl als von liberaler prinzipiell verworfen wird.“

Von Zeit zu Zeit vernahmen wir auch aus liberalen Kreisen  
die Warnung, eine Agitation für Aufhebung der Korn-  
zölle werde, ehe ein Umschwung in der gesamten europäischen  
Handelspolitik zugleich die Ermäßigung der industriellen Schutz-  
zölle gestatte, für die Liberalen gefährlich sein. Eins der in  
wirtschaftlichen Fragen kompetentesten Mitglieder der national-  
liberalen Partei, Herr Dechelhäuser, hat sich soeben in einem an  
die liberalen Wähler des II. Wahlkreises erlassenen  
Aufruf über diese Frage also ausgesprochen:

Wenn die Reichsregierung später ein Bedürfnis für Erhöhung  
der Reichseinnahmen nachweist, und wenn sie dann auf das Tabak-  
monopol verzichtet, die Branntweinsteuer neben die Biersteuer stellen  
und wenigstens zur allmählichen Wiederbeseitigung der Zölle auf die  
notwendigsten Lebensbedürfnisse, namentlich des hohen Roggenzolls,  
die Hand bieten will (womit dann selbstverständlich die gleichzeitige

Beseitigung von Zöllen, welche die Landwirtschaft besonders belasten,  
Hand in Hand geben müßte), so wird sie auf die Unterstützung der  
großen Mehrzahl aller Liberalen sicher rechnen können.“

Wie die Regierungspresse diejenigen Männer be-  
handelt, um welche die Welt Deutschland beneidet, das hat die  
„Nordd. Allg. Ztg.“ jüngst in ihren polemischen Artikeln gegen  
Birchow gezeigt. Heute überbietet das Blatt sich selbst, in-  
dem es über einen anderen der größten Gelehrten unserer Zeit  
in folgender Weise zu schreiben sich erlaubt:

Als im vergangenen Jahre Herr Mommsen durch Feuerscha-  
den seiner irdischen Habe beraubt wurde, regte sich die allgemeine  
Sympathie mit dem verdienstvollen Gelehrten, und sogar die  
Engländer und andere fremde Völker subscribirt reichlich zu  
seiner Unterstützung. Wir glauben, daß jetzt, wo bei Mommsen  
das Feuer wiederum im Dache sitzt, ein weit bringen-  
derer Anlaß gegeben ist, um ihm die über seinen Zustand gebotene Un-  
terstützung zu Theil werden zu lassen. Auch könnten insbesondere die  
Züricher, um dem hart betroffenen Manne eine klimatische Luftverän-  
derung zu ermöglichen und zugleich Parnell eine kleine Ablösung zu  
schaffen, Herrn Mommsen vielleicht eine Stelle als Brandredner offe-  
riren. Herr Mommsen selbst soll übrigens so wenig von seinem eigenen  
Zustande Kenntnis haben, daß er in einem schleswig-holsteinischen Wahl-  
freie die Leute glauben machen will, daß er noch genügend Fähigkei-  
ten besitze, um sie im Reichstage zu vertreten.

Wie sich jetzt herausstellt, beruht die neulich von einem  
Fachblatte verbreitete Nachricht von der Bildung eines neuen  
Reichsamts für industrielle Technik, welchem das Patent-,  
Marken- und Musterrechtswesen, das Eichwesen, die Fabrik-  
Inspektion, das Dampfesselrevisionswesen, das Ausstellungs-  
wesen, technische Versuchsanstalten u. s. w. unterstellt werden  
sollten, wahrscheinlich auf einer Verwechslung. Der Schaffung  
einer neuen Reichsbehörde würde auch schon der Umstand ent-  
gegenstehen, daß mehrere der vorgedachten Materien nicht der  
Kompetenz des Reiches sondern der der Einzelstaaten unterliegen  
und von einer Beschränkung der Befugnisse der letzteren aus  
bekannten Gründen zur Zeit keine Rede sein kann. Nach unseren  
Informationen, sagt die „Voss. Ztg.“, handelt es sich gegen-  
wärtig vielmehr um eine anderweitige Ordnung der  
Geschäftskreise einzelner preussischer Mi-  
nisterien, wodurch allerdings einem derselben die hauptsäch-  
lichsten Zweige der Technik zugewiesen werden würden. Die  
Neuordnung war schon seit längerer Zeit geplant, ihre Aus-  
führung wird jetzt durch eine allgemeine Regelung des Eisen-  
bahnwesens und die damit in Zusammenhang stehende Bildung  
eines besonderen Eisenbahn-Ministeriums ermöglicht. Bisher stand  
der Umstand hindernd im Wege, daß ein neues Ministergehalt  
im Etat hätte ausgebracht werden müssen. Da indeß der Mi-  
nister des Innern die Stelle des Vizepräsidenten des Staats-  
ministeriums im Nebenamt übernimmt, so wird das Gehalt des  
letzteren disponibel gemacht.

Aus Schwet, 11. Oktober, wird dem grauburger „Ge-  
selligen“ ein Vorgang mitgeteilt, der interessant genug ist, um  
Beachtung in weiteren Kreisen zu finden. Dem genannten  
Blatte wird berichtet:

„In voriger Woche bereifte der Regierungspräsident Freiherr von  
Maffenbach den schwedischen Kreis und war am Sonntagabend auch in  
unserer Stadt anwesend. In später Stunde, Abends 8½ Uhr, wurden  
die Stadtverordneten auf das Rathhaus beschiedenen, um dem Herrn  
Regierungspräsidenten vorgestellt zu werden. Derselbe richtete an  
die Vertreter der Stadt eine längere Ansprache, in welcher er u. A.  
eine Staatsunterstützung für den Gymnasialbau in Aussicht stellte.  
Die Rede gipfelte in einer Darlegung der Wich-  
tigkeit der nächsten Reichstagswahlen. Um eine Be-  
lehrung reicher, kamen die Väter der Stadt vom Rathhause zurück.“

Der Eintritt des bisherigen Leiters der öster-  
reichisch-ungarischen auswärtigen Politik,  
Freiherrn v. Haymerle, macht die Konjekturen politiker aller  
Orten mobil, um auf die Frage, wer der Amtsnachfolger des  
Verstorbenen werden könnte, eine befriedigende Antwort zu fin-  
den. In erster Linie wird natürlich Graf Andrassy ge-  
nannt. Es ist begreiflich, meint der „Pester Lloyd“, daß  
Graf Andrassy vielfach als Kandidat für das Portfeuille des  
Auswärtigen genannt wird, es dürfte daher interessant sein, von  
einer Aeußerung Kenntnis zu nehmen, welche Graf Andrassy in  
den letzten Wochen gethan und welche beiläufig, wie folgt,  
lautete:

„Ich würde jetzt nicht Minister werden, denn ich werde jetzt gar  
nicht gebraucht und ich könnte mich nur dann zum Wiedereintritt in  
Staatsdienste bestimmen lassen, wenn eine große Aktion meine Theil-  
nahme an den Staatsgeschäften unbedingt erheischen sollte. Mir ist  
es aber so lieber.“

Wie mitgeteilt wird, soll Graf Andrassy in den nächsten  
Tagen nach Wien kommen, da man in maßgebenden Kreisen  
in der gegenwärtigen Situation auf sein Urtheil großes Ge-  
wicht legt.

Aus Wien gehen uns folgende telegraphische Nach-  
richten zu:

Am 13. d., Nachmittag 2 Uhr, fand das feierliche Leichenbe-  
gännis des verstorbenen Ministers von Haymerle statt. An  
demselben nahmen Theil: Der Kaiser, die Erzherzöge Albrecht, Friedrich  
und Wilhelm, die Spitzen der obersten Hofämter, das gesamte diplo-  
matische Korps, sämtliche Minister, darunter auch die ungarischen  
Minister v. Dreyn, Szende v. Keresztes und Bedefovich, Erzbischof Hay-  
nald, der päpstliche Nuntius, der Erzbischof von Wien, zahlreiche Ge-

nerale, die Beamten des Ministeriums des Aeußern mit dem Sektions-  
Chef v. Kallay an der Spitze, die Präsidenten der hohen Gerichtshöfe  
und sehr viele Mitglieder des Reichsraths.

Der „Köln. Zeitung“ wird aus Wien vom 14. d.  
gemeldet:

„Wenngleich das umlaufende Gerücht, Graf Taaffe habe seine  
Entlassung erbeten, noch unbegründet ist, so werde doch die Stellung  
des Grafen Taaffe von der Wahl eines neuen Ministers des Auswärtigen  
entschieden beeinflusst. Die Ernennung eines Ministers des  
Auswärtigen der das Programm des Grafen Taaffe mißbilligt, werde  
das Entlassungsgeheiß des Grafen Taaffe alsbald zur Folge haben.  
Nach habe Graf Taaffe das vollste persönliche Vertrauen des Monarchen  
als erster Berater in der jetzigen ministeriellen Krisis. Das Provisio-  
rium mit formeller Verantwortung des Reichs = Finanzministers  
Szlavy und Führung der Geschäfte durch den Sektionschef von  
Kallay werde wahrscheinlich bis zum Schluß der Delegationen  
dauern.“

Die „Wiener Zeitung“ vom 14. d. publizirt auch ein kaiser-  
liches Handschreiben, Inhalts dessen der Reichsfinanzminister v. Szlavy  
bis auf Weiteres mit der verfassungsmäßigen Vertretung des  
Ministeriums des Auswärtigen betraut und der Sektionschef v. Kallay  
mit der Fortführung der unmittelbaren Leitung der Geschäfte beauf-  
tragt wird.

In Pest fand am 13. d. die Berathung der Adresse  
des Unterhauses statt:

In Erwiderung auf vorausgegangene Reden bemerkte der Mini-  
sterpräsident Tisza, es könne nicht die Aufgabe der Thronrede sein,  
die Richtung und die Prinzipien für die Durchführung der Reformen  
anzugeben, weil diese sonst den Umfang eines Buches annehmen würde.  
Der Ministerpräsident wandte sich sodann gegen den Vorwurf, daß  
Wahlbeeinflussungen seitens der Beamten stattgefunden hätten, und  
berichtigte die Angaben des Deputirten Selly über das Anwachsen  
der Opposition mit dem Hinweis darauf, daß dieselbe gegenwärtig  
nur 90 Mitglieder zähle, und konstatirte ferner, die Auswanderung  
sei in der That abgenommen. Die Berufung der Thronrede auf die  
Ordnung im Staatshaushalte sei durch die eingetretene Besserung der  
Finanzlage und den steigenden Staatscredit gerechtfertigt. Daß die  
Adresse bezüglich der gemeinsamen Armee nicht bloß Geübten  
und Wünschen, sondern Ueberzeugungen Ausdruck gebe, für deren  
Verwirklichung die Regierung und die Majorität des Hauses auch einzu-  
treten bereit sind, beweiße auch der Umstand, daß er seitens der obersten  
Heeresverwaltung erachtet worden sei zu erklären, daß auch diese es für  
ihre Pflicht halte, jenem Ziele zuzustreben. Er werde sorgen, daß der  
Bürger gegenüber dem Soldaten, aber auch der Soldat gegenüber dem  
Bürger Genugthuung erhalte. Tisza erklärte dem serbischen Deputirten  
Polit gegenüber, daß durch die dänische Entree die Beziehungen  
Oesterreich-Ungarns zu Deutschland durchaus nicht alterirt seien, und  
bemerkte zum Schluß, daß in keinem europäischen Staate die nicht der  
herrschenden Race angehörenden Nationalitäten auch nur annähernd  
jene Rechte besäßen wie in Ungarn.

Aus Krakau wird der „Presse“ Folgendes telegraphisch  
gemeldet:

Der russische Kommunikationsminister, General Pokjet, kam am  
12. d. M. nach Granica, um die Arbeiten im Bahnhofe zu inspi-  
ziren, nachdem er vorige Woche die Linien der russischen Südwestbahn  
bis Kiew besichtigt hatte. Trotz des offiziellen Dementi über die Kaiser-  
zusammenkunft in Krzeszowice erhält sich hier das Gerücht  
über dieselbe, und zwar in folgender Version: Kaiser Alexander  
sollte den Kaiser Franz Joseph in Krzeszowice besuchen, worauf  
dann unser Kaiser den russischen nach Granica begleiten würde. Außer-  
dem verlautet hier noch, daß laut Weisungen an den Bahnvorstand in  
Granica der Zar am 18. d. M. dort eintreffen sollte; für diesen  
Zeitpunkt sollen auch seitens der Nordbahnstationen für die Reise des  
Kaisers von Oesterreich Dispositionen vorbereitet worden sein. In  
Folge des Ablebens des Baron Haymerle sei aber — will das Gerücht  
ferner wissen — eine Aenderung des Reiseplanes erfolgt.

Parnell, dessen Verhaftung in Dublin eine Depesche unseres  
gestrigen Abendblattes bereits gemeldet hat, der seine Wählereien  
auf der grünen Insel ganz unbeirrt fortsetzte und Guldigungen empfing,  
wie sie kaum einem Fürsten zu Theil werden, ist die Antwort  
auf die Rede, welche Gladstone am Freitag d. 7. d. in  
Leeds über Irland gehalten, nicht lange schuldig geblieben. In  
einer am Sonntag in Wexford gehaltenen Ansprache an eine  
große öffentliche Versammlung bezeichnete er die Auslassungen  
des Premierministers als gewissenlos und unehrlich,  
nannte Gladstone den „größten und unübertroffenen Ver-  
leumder der irischen Nation“ und fuhr fort:

„Es ist jedenfalls ein gutes Zeichen, daß dieser irrende Maskera-  
denritter, dieser angebliche Vorkämpfer der Freiheiten jeder an-  
dern Nation, ausgenommen derjenigen des irischen Volkes, ge-  
zwungen war, die Maske abzuwerfen und sich als den Mann zu zeigen,  
der seinen eigenen Auslassungen zufolge vorbereitet ist, Feuer  
und Schwert in die Heimstätten des irischen Volkes zu tragen,  
falls es sich nicht vor ihm und den Grundbesitzern des Lan-  
des demüthigt und in den Staub werfe. . . In seiner Rede beschul-  
digt Gladstone mich, das Evangelium der Plünderung zu predigen.  
Wer waren die ersten Plünderer in Irland? Das Land ist von den  
Männern, deren Abkömmlinge Gladstone in den Früchten ihrer Plün-  
derung durch seine Bajonette und Neuposten unterstützt, dreimal kon-  
fisziert worden. Gladstone's Worte klingen sehr tapfer, aber sie kom-  
men mir vor wie das Pfeifen eines Schulbuben auf seinem Wege über  
den Kirchhof, um seinen Muth aufrecht zu halten“ u. s. w.“

Der Abgeordnete Healy, der nach Parnell das Wort er-  
griff, bezeichnete Gladstone's Rede als das Geschwätz eines  
Greises und sagte:

„Was kümmere es Irländer, was Engländer sagen dürften? Wir  
sind keine Engländer, wir sind Paddy's evermore.“

Parnell empfing in Wexford eine Adresse, worin  
ihm zu dem Erfolge seiner Anstrengungen als Führer des  
irischen Volkes Glück gewünscht und die Hoffnung ausgedrückt



wird, er werde in einem irischen Parlament als Befreier seines Landes begrüßt werden.

Ueber den angeblichen Besuch Gambettas in Barzin bringt die „Nat.-Ztg.“ folgenden Artikel, den wir nicht unerwähnt lassen wollen:

Wir sind gezwungen, sagt das Blatt, immer noch einmal auf die Reise Gambettas zurückzukommen; wir wissen allerdings, daß wir damit der Wissbegierde des Publikums entgegenkommen, welches nicht aufhört die Frage zu wiederholen, ob Herr Gambetta in Barzin gewesen ist, oder nicht? Wir lassen alle Behauptungen bei Seite, die behaupten und verneinen, indem wir nur konstatieren, daß eine autoritative Aeußerung der Hauptbeteiligten bis jetzt nicht vorliegt, eine Thatsache, die jeder Deutung fähig ist, gegenüber der diejenigen aber, welche an die Zusammenkunft glauben, das Ausbleiben jedes Dementis hervorheben. Galten wir uns an die Thatsachen, so ist Gambetta-Maffabie nach einem viertägigen Aufenthalt in Hamburg am 26. September von dort abgereist und zwar nach Lübeck, nachdem er sich in Hamburg über die Route nach Stettin und Barzin erkundigt hatte. Am 1. Oktober ist dann Herr Gambetta-Maffabie in Danzig gesehen worden. Diese Thatsache bringen wir jetzt in die Unterfuchung, welche die Presse eben anstellt, neu hinzu. Die offizielle Fremdenliste von Danzig führt am 2. Oktober als im Hotel du Nord abgestiegen Herrn Maffabie mit Gattin auf. Herr Gambetta-Maffabie hat danach zwischen dem 26. September und dem 1. Oktober auf der Fahrt von Lübeck-Stettin nach Danzig die Station Schlawe, Eisenbahnstation von Barzin, passieren müssen. Sollte daher Gambetta-Maffabie nicht „im Fremdenzimmer des vergitterten Landhauses“ des Fürsten Bismarck in Barzin geschlafen haben, so hat er den letzteren Ort doch in bedenklich naher Weise umkreist. Wir vervollständigen die Beweisführung durch die Mittheilung der folgenden Zuschrift, die uns aus Danzig „geht“: „Absofat Maffabie“ aus Paris hat auch jüngst in Danzig im Hotel du Nord logirt. Ich selber sah am Sonabend, den 1. Oktober d. J., Vormittags den kleinen, unterfetzten Herrn mit scharf geschnittenem Gesicht, rechts einer kleinen, feingliedrigen, nicht mehr jungen Dame in einfachem Reiseanzuge vergeblich eine offene Thür in der Marienkirche suchen. Aus den grünen Villets in ihren Händen war zu schließen, daß sie dieselbe besichtigen wollten.

Ein vollständiges Schweigen, fügt die „Nat.-Ztg.“ hinzu, wird sich wohl nicht mehr lange aufrecht erhalten lassen. Ein Besuch Gambettas bei Fürst Bismarck wäre ein in der Geschichte markirendes Ereigniß und wird wohl nicht behandelt werden wie ein Besuch, den man über die Hintertreppe verschleiert empfängt und entläßt, wie in einer Scribe'schen Komödie.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 14. Oktober. Es ist nur natürlich, wenn der heutige zweite Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Bismarck-Bennigsen'sche Verhandlung von Ende 1877 und Anfang 1878 die auf eine neue Wendung der Politik des Kanzlers bezüglichen Konjekturen, deren gestern von uns anlässlich des ersten Artikels gedacht wurde, ungleich zuverlässiger auftreten läßt. Man ist an Ueberwachungen und Frontveränderungen seitens des Fürsten Bismarck zur Genüge gewöhnt; die kühle Gleichgültigkeit aber, mit welcher in der heutigen, unzweifelhaft hochoffiziösen Rundgebung das Tabakemonopol und die obligatorische Altersversicherung bei Seite geschoben wird, während andere offizielle Stimmen noch lebhaft mit der Anpreisung dieser Projekte beschäftigt sind, hat doch vielfach geradezu verblüffend gewirkt. Wir dürfen Angesichts dieser Resignation des Kanzlers an unsere bereits vor einiger Zeit aufgestellte Behauptung erinnern, daß man damals schon, der offiziellen Trompetenstöße ungeachtet, mit allen den großen wirtschaftlichen Projekten an dem „toten Punkt“ angekommen war, wo es nicht weiter geht. Allem Anschein nach hat die bestimmte Magdeburger Erklärung des Herrn v. Bennigsen gegen jene beiden Hauptpunkte des sogenannten Wahlprogramms der Regierung vollends dem Faß den Boden ausgeglichen und den Entschluß veranlaßt, sich bei Zeiten von Maßregeln loszusagen, für die nach aller Wahrscheinlichkeit im Reichstage nicht nur keine Majorität, sondern nur eine kleine Minderheit zu haben sein würde. Das Merkwürdigste an der momentanen Sachlage ist aber das Bestreben, die Auseinandersetzungen, zu denen der Kanzler sich veranlaßt sieht, an jene Barziner Verhandlung von 1877 anzuknüpfen; dasselbe bleibt der Gegenstand mannigfacher und einander widersprechender Konjekturen. Daß die beiden Projekte, welche der Mittelpunkt der bisherigen Wahlbewegung waren, speziell in Folge des Widerspruches Bennigsen's und ihrer dadurch definitiv konstatirten Unsichtbarkeit fallen gelassen werden, ist klar; aber geschieht es mit der Absicht, diese Wendung als Grundlage des Versuches der Wiederverständigung mit den Nationalliberalen zu behandeln — oder die Partei, welche zu dem Verzicht genöthigt hat, dafür definitiv zu den Gegnern zu rechnen? Bedeutet demgemäß das sehr gefuchte Zurückgreifen auf die Erörterungen über die Ministerkombination von 1877 die Intention, Herrn v. Bennigsen durch eine für ihn keineswegs schmeichelhafte Darstellung jener Verhandlungen bloßzustellen oder vielmehr den Versuch, die Situation von damals verbessert wiederherzustellen durch den Nachweis, daß vor vier Jahren lediglich ein jetzt nicht mehr vorhandenes Hinderniß — die Forderung Bennigsen's, das Jordenbeck und Stauffenberg mit ihm in die Regierung eintreten müßten — die Annäherung vereitelt habe? Wir wollen die Frage nicht beantworten, sondern durch sie nur die darin sich ausdrückenden, widersprechenden Vermuthungen andeuten. Wenn es hier und da bereits als sicher angesehen wird, daß die angeblich „attenmäßigen“ Darstellungen über den Zeitpunkt des Abbruchs jener Verhandlung vermöge ihres Widerspruches mit der notorischen Auffassung Bennigsen's dazu bestimmt sein müsse, diesen bloßzustellen, so wird es doch gut sein, sich zu erinnern, daß Fürst Bismarck und Herr von Bennigsen seit jenem Auseinandergehen im Februar 1878 schon wieder vielfach mit einander politisch intim verkehrt haben, so anlässlich des Sozialistengesetzes, des versuchten liberal-konservativen Kompromisses über den neuen Polltarif, des kirchenpolitischen Zulagegesetzes u. s. w., es ist danach offenbar sehr unwahrscheinlich, daß es nicht zwischen

ihnen zu privaten Erklärungen über das Scheitern der Ministerkombination sollte gekommen sein, welche die Absicht, Bennigsen jetzt als eine Art innerer Benedetti darstellen zu lassen, ausschließen müssen.

## Hochverrathsprozess.

(Nach dem Berichte der Berl. Volks-Ztg.)  
Dritter Verhandlungstag.

Leipzig, 12. Oktober.

Verteidiger Dr. Fels wiederholt seine Beweisanträge, welche vom Präsidenten abgelehnt worden.

Präs.: Angeklagter Dave, Sie sind angeschuldigt, Handlungen unternommen zu haben, welche hochverräterische Unternehmungen vorbereiteten, daß Sie zu diesem Zweck eine Reise gemacht hätten in das Ausland, um in Deutschland agitatorisch für die Zwecke der „Moff's“ zu wirken und sich zu informieren, ob in Deutschland bereits Gruppen existiren, und um solche zu organisiren.

Angeklagter Dave (spricht etwas gebrochen deutsch): Meine Herren! Ich habe eine Reise gemacht nach Deutschland, nicht, um mich hauptsächlich zu beschäftigen mit sozialistischer Politik, erst vor allem in einem Privatverdienst. Ich habe die Reise angetreten am 28. November aus London und wollte im Anfang Januar oder Februar ein journalistisches Korrespondenzbureau eröffnen mit einem Freunde von mir, das ist der eigentliche Zweck meiner Reise. Ich hatte auch noch einen Nebenverdienst und dieser war, telegraphische und briefliche Korrespondenzen zu schreiben von meiner Reise aus Deutschland, Oesterreich, Böhmen und überall, wo ich wäre gewesen, für ein telegraphisches Zeitungsbureau. Ich habe aus diesem selben Grunde gebeten, durch meinen Verteidiger Vorladungen über meinen eigentlichen Zweck vornehmen zu lassen, der Herr Präsident hat das abgelehnt. Ich werde meinen Verteidiger bitten zu wiederholen, um zu erwarten einen Beschluß des Gerichts darüber. Ich weiß nicht, ob ich mich gut ausdrücke, daß Sie verstehen?

Präs.: Ganz gut, fahren Sie nur fort!

Angeklagter Dave: Meine eigentlichen Reisezwecke können bekundet werden in London durch Scheu, mit dem ich wollte unternehmen das Bureau, dann durch Bonnet Börie u. s. w. In der Anklage steht sofort zuerst, ich bin aus London gekommen in sozialistischen Zwecken und natürlich mit Parteigeldern habe gereist, dies ist nicht richtig und deshalb werde ich auch einen Antrag zur Vorladung von Personen, um Auskunft zu haben über Reisezwecke, ich habe nichts mit sozialistischen Geldern zu thun. In der zweiten Anklage steht das auch darin — ich habe ja zwei Anklagen — und das muß natürlich auch so sein, wenn ich Emigrirer von Moskau bin, dem 500 Mark geschickt worden sind ins Gefängniß. Es sind aber 1500 Mark gewesen, — ich werde auch darüber vernahmen lassen, über die Quelle der Gelder und auch über das Geld, was mir nach Augsburg geschickt worden ist. Dies wird bezeugen können der Direktor oder ein Beamter der „Association London“, und weiter, die mir sind geschickt worden nach Berlin, habe ich aus Frankreich, das sind alles persönliche Gelder, ich reise nicht mit sozialistischen Geldern. Dies war mein Hauptzweck. Ich habe aber, da ich bin ein Sozialist, die Gelegenheit wahrgenommen, wenn ich reiste das erste Mal in Deutschland, mir einige Adressen zu verschaffen aus Deutschland von Sozialisten und wollte diese auch gelegentlich besuchen, und sehr natürlich hätte ich gesprochen über sozialistische Dinge, aber das war nicht Zweck meiner Reise. Niemand hat mich beauftragt zu machen eine agitatorische Reise. Ich konnte kein Deutsch, damals viel weniger als jetzt. Ich bin weder gereist für die sozialistische Partei oder Moskau oder für andere Leute, ich habe aus eigenem Antriebe reisen wollen.

Präs.: Es geht die Anklage nicht dahin, daß Sie nur zu dem Zwecke gereist sind, um zu agitiren. Sie würde vollständig möglich sein, daß Sie zu anderen Zwecken gereist sind und nebenbei auch den Zweck gehabt haben, zu agitiren, für Moskau'sche Ideen zu wirken.

Angekl. Dave: Ja wohl.

Präs.: Womit beschäftigen Sie sich?

Angekl. Dave: Ich bin Journalist und beschäftige mich auch mit Uebersetzungsarbeiten.

Präs.: Haben Sie nicht auch in Paris gelebt und welcher Partei gehörten Sie an?

Angekl. Dave: Ja, ich habe in Paris gelebt und ich gehöre an der anarchistischen Partei. Ich muß aber sofort bemerken, daß die Partei hier sehr schlecht aufgefaßt wird. Es wird da ein Auszug aus einer Broschüre von Moskau als anarchistische Idee angegeben, daß hat aber nicht eine Abnung von anarchistischen Ideen.

Präs.: Deshalb möchte ich hören, welche Grundsätze Sie in sozial-politischer Hinsicht theilen.

Angekl. Dave: Diese Broschüre von Moskau ist ganz und gar, das wird man einsehen, eine jakobinische, gemildert mit Blanquismus, mit Ideen von Blanqui. Ich bin aber ein Befürworter des Blanquismus und des Jakobinismus, das war ein diktatorischer, ich weiß nicht, wie ich mich anders ausdrücken soll, ich bin ein Gegner dieser diktatorischen Richtung des Sozialismus. Es wird mir schwer fallen, über theoretische Dinge zu sprechen deutlich, hätte ich sprechen können französisch, wäre mir das sehr leicht gewesen. Wenn ich das gewußt hätte, würde ich gebeten haben um einen Dolmetscher. Die anarchistische Partei, das ist ein sehr schlechter Ausdruck, französisch sagt man heute nicht mehr Anarchist, sondern: le parti communiste-libertaire. Ich bleibe bei dem alten Ausdruck: anarchistische Partei. Ins Leben gerufen von Proudhon und Bakunin verfolgt sie im Allgemeinen die Zwecke der anarchistischen Theorien, wie sie von Proudhon dargestellt sind und weiter erläutert worden sind eben durch Michel Bakunin. Die Zwecke sind allerdings revolutionäre, und sie sind höchst revolutionär, nicht in dem Sinne von Revolution, wie es in der Anklage steht geschrieben und in dem Auszuge aus der Moskau'schen Broschüre. Ich kann natürlich nicht sagen: Das ist reiner Unsinn. Es sind allerdings diese Ideen in der Moskau'schen Broschüre nicht ganz absolut schlecht, aber sie entsprechen nicht den Ideen, welche die meinigen sind, trotzdem ich anerkenne, ein Revolutionär zu sein, ja ich glaube, ich bin mehr Revolutionär als Moskau. In der Broschüre steht z. B. unter anderen Sachen — das beweist, daß Moskau nichts davon versteht oder nicht anerkennt, wenn er es versteht — daß die Proletarier sich müssen die politische Gewalt aneignen, um selbst zu regieren, das ist vollständig konträr meinen Ideen, meine Meinung ist grade diese gewesen, die Proletarier sollen sich ganz von der Politik abhalten, nicht allein, um nicht in den Reichstag Abgeordnete zu wählen, sondern absolut in jeder Beziehung das Wort Politik nicht mehr gebrauchen, wenn es möglich ist. Die Politik für mich existirt nicht, ich keine Wissenschaft. Ich glaube, daß die Arbeiter sich nur müssen beschäftigen damit, ihre ökonomische Lage zu ändern, dieselbe wird niemals geändert werden durch politische Institutionen. Das ist nicht möglich. Die politischen Institutionen, wie weit sie auch ausgebeutet, wie liberal sie auch sein mögen, durch sie wird doch die ökonomische Lage niemals verändert oder gebessert werden. Ich bin ganz und gar gegen die Ansichten von Moskau in Bezug auf Politik, in Bezug auf die Arbeiter. Die anarchistische Theorie ist gerichtet gegen diese Auffassung der Politik, die durch die Arbeiter gemacht werden soll. Die Politik der Arbeiter kann nur dahin kommen, einen Volksstaat zu bilden, das wird sein die letzte Stufe, das müßte sein ein sozialistischer Volksstaat. Meiner Meinung nach ist aber der sozialistische Volksstaat die letzte Etappe der Reaktion — ich kann nicht Anhänger sein von diesem Begriff des sozialistischen Volksstaats.

Präs.: Sie bekennen sich zu der anarchistischen Partei. Die Absicht geht wohl dahin, den Zweck mit Gewalt zu erreichen?

Angekl. Dave: O nein. Ich werde mich darüber aussprechen, wenn Sie es erlauben. Es scheint mir überhaupt unsinnig zu sein, daß ein Mensch sagt, ich bin ein gewaltsamer Revolutionär, oder ich bin

nicht ein gewaltsamer Revolutionär. Das scheint mir zu sein unsinnig das kann Niemand klar aufpassen. Ich bin dieser Meinung. Ich werde für meinen Theil sehr glücklich sein, wenn die Zwecke, die ich erreichen will, auf sehr gutem und friedlichem Wege erreicht werden können. Ich werde sehr gern diese sehen. Ich habe auch sehr lange geschrieben in diesem Sinne und aufgefordert wo ich war, z. B. in Belgien, Holland, Italien und in der Schweiz. Ich habe aufgefordert, daß gerade die Bourgeoisie, die in ihren Händen hat nicht allein die politische Gewalt, sondern auch die ökonomische Macht, daß diese sich soll verständigen mit den Arbeitern, um die Lage der Arbeiter ökonomisch zu bessern. Ich muß aber hinzufügen, daß bis jetzt alle Aufforderungen, die man gemacht hat an die Bourgeoisie, zwecklos geblieben sind. Es ist in keinem Lande der Welt vorhanden, gesehen worden, daß die Zwecke der Arbeiter, welche diese verfolgen, ermutigt geworden sind durch die herrschende Bourgeoisie. Das ist wohl noch nirgends vorhanden. Es ist nun ganz leicht zu verstehen, daß die Proletarier, wenn sie eingesehen haben, daß sie absolut nichts zu erwarten haben von der heutigen Bourgeoisie, sich haben umgewandelt in Revolutionäre und daß sie auch gewaltsame Revolutionäre sein werden; von vornherein sagen: Ich bin ein Gewaltsmann — das existirt nicht, oder man muß verrückt sein, um so etwas zu sagen, aber daß man da u. kommen kann, diese Lage durch Gewalt zu ändern, das ist ganz recht. Ich bin dazu gekommen, zu der Ueberzeugung, daß die ökonomische Revolution absolut gewaltsam sein werde. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern man braucht nur die Geschichte zu studiren, so wird man erkennen, daß es so sein wird. Das ist nur eine Schlussfolgerung von mir, nicht eine Theorie, aber ich glaube, diese Schlussfolgerung ist logisch. Ich sage also, diese Revolution wird eine gewaltsame, das ist meine feste, innere Ueberzeugung. Ich wäre sehr glücklich, wenn das nicht so wäre. Ich glaube selbst, aber das ist nur eine Vermuthung, die ich ausspreche, wenn die Lage der Arbeiter so bleibt — der Proletarier möchte ich sagen, denn es sind nicht alle Arbeiter Proletarier — und keine Aenderung in den politischen Ereignissen eintritt, daß dann die letzten zwanzig Jahre von diesem Jahrhundert wohl nicht ohne die Revolution bleiben werden.

Präs.: Was würden Sie an Stelle des gegenwärtigen Staatsorganismus setzen? Freie Gemeinschaften im anarchistischen Sinne, haben sie früher gesagt.

Angekl. Dave: Was ich sage und den Arbeitern anempfehle, sie sollten sich absolut enthalten von jeder Politik, das geht dahin, daß wenn diese Revolution sollte zu Stande kommen, von Politik nicht mehr die Rede sein wird. Diese Revolution wird übrigens nicht national sein, sondern meine Meinung ist, sie wird international sein.

Präs.: Nach Ihrer Ansicht sollen an Stelle des heutigen Staates freie Gemeinschaften im anarchistischen Sinne treten. Sie nehmen an, daß dieses mit Gewalt geschehen wird?

Angekl. Dave: Ich glaube aus der Lehre der Geschichte zu erkennen und aus Allem, was man heute sieht, glaube ich, daß es gewaltsam sein wird, ich glaube nicht, daß noch die Bourgeoisie kommt zu einem Kompromiß mit den arbeitenden Klassen — ich habe das lange geglaubt.

Präs.: Sie glauben also, daß es auch noch möglich ist auf friedlichem Wege?

Angekl. Dave: Ich muß sagen: Nein, ich glaube es heute nicht mehr.

Präs.: In Frankreich haben Sie als Journalist für Blätter, welche die anarchistische Richtung verfolgen, gearbeitet?

Angekl. Dave: Vom Jahre 1866 bis Ende 1877 habe ich stets gearbeitet an Zeitungen, belgischen, holländischen, schweizerischen, italienischen und spanischen, sehr wenig, dann und wann einmal an französischen, und dies waren alles anarchistische Zeitungen. Ich war dann Mitglied der Internationalen Arbeiter-Association, und in dieser Internationalen Arbeiter-Association, wo Sie davon viel gelesen haben werden in Zeitungen — jetzt nicht mehr — da war eine Richtung, die des Herrn Karl Marx vertreten, die auch kommunistisch ist, aber kommunistisch-autoritär — staatskommunistisch wird das wohl auf Deutsch heißen. Ich habe dann in Zeitungen, welche die anarchistische Richtung repräsentiren, diese Ideen von Karl Marx und natürlich auch seinen Anhang stets mich bemüht zu bekämpfen, bis im Jahre 1872 gekommen ist der allgemeine internationale Kongreß von Haag in Holland, wo es mir hat gelungen, Karl Marx über Bord zu werfen. Das war ein Sieg des anarchistischen Prinzips innerhalb dieser internationalen Association. Ich war der Wortführer der sogenannten Minorität, aber diese Minorität war eigentlich die Majorität. Ich muß aber sagen, daß Deutschland sich niemals hat beschäftigt viel mit der Internationalen Arbeiter-Association. Es sind, wenn ich nicht irre, und ich habe die ganze Geschichte sehr genau studirt und kenne sie von A bis Z, nur einzelne Mitglieder von Deutschland dabei gewesen. Es waren nur Liebknecht, Bebel und einige andere Herren, die persönlich waren Mitglieder der Arbeiter-Association, aber die Arbeitervereine von Deutschland, die sind niemals eingetreten, trotzdem Karl Marx Deutscher war, die deutschen Vereine waren niemals heranzubringen, sie haben sich sehr wenig betheiligt. Deshalb aber auch glaube ich — die Internationale Arbeiter-Association ist die wirkliche Schule des Sozialismus in Europa gewesen — ich glaube, daß es daher kommt, daß die Sozialisten so wenig vom Sozialismus verstehen.

Präs.: In diesen freien Gemeinschaften erkennen Sie das Privateigenthum des Einzelnen an oder wollen Sie Gütergemeinschaft?

Angekl. Dave: Ja, allgemeine Gütergemeinschaft. Aber erlauben Sie (der Angeklagte spricht einen Satz französisch, welcher vom Präsidenten überfetzt wird), eine allgemeine Uebereinstimmung sämmtlicher Bürger in die Vertheilung durch gegenseitigen, freiwilligen Vertrag. Der wird abgegeschlossen. Das ist nicht Sache von einem Tage, auch nicht von einem Jahre. Das geht nicht so. Man macht keine Revolutionen wie Moskau in der Broschüre geschrieben hat: machen Sie sich zusammen, die Gewehre kommen von London und morgen ist es fertig. Das ist ja Unsinn! Wenn diese Zwecke, die ich verfolge, sollen sein verwirklicht, dann muß eine ganze Umgestaltung sein nicht allein in den Vorbereitungen, es muß eine ganz andere Education (Erziehung) bei den Leuten kommen, daß die Leute sich freiwillig anschließen. Es ist natürlich unmöglich, daß meine Zwecke verwirklicht werden, wenn z. B. die Erziehung der Bürger bleibt wie sie ist heute gewöhnlich in allen Ländern, das heißt, wenn ein Mann hat Geld, dann kann er gehen nach der Schule, auch auf die hohe Schule und wenn er kein Geld hat, muß er arbeiten vom 12. Jahre ab und bleibt sein ganzes Leben ein unwissender Mensch. Man muß natürlich anfangen mit einer ganz anderen Gestaltung der Erziehung, es muß sein gegeben Jedem die Gelegenheit so gebildet zu werden wie die Anderen. Ich weiß nicht, ob man mich . . .

Präs.: Das ist vollkommen verständlich. Sind Sie der Meinung, daß der Zeitpunkt kommt, wenn Sie die Hände in den Schoß legen, oder meinen Sie, daß gewirkt werden muß?

Angekl. Dave: Das kann ich nicht recht verstehen.

Präs.: Sie haben gesagt, Sie planen eine Umgestaltung der Erziehung; nun frage ich Sie, in welcher Weise die Umgestaltung vor sich gehen soll?

Angekl. Dave: Es ist natürlich unmöglich, daß diese Einrichtungen, selbst diese simple Sache wie die Erziehung ist, erreicht werden in der heutigen Gesellschaft. Ich kenne noch kein Land, wo die Arbeiter die hohe Schule besuchen können. Wenn also heute Gelegenheit geboten wäre, die politischen Institutionen, die jetzt noch existiren, zu vernichten, dann müßte meiner Meinung nach heute diese Umwälzung geschehen; da es nicht ausführbar ist, muß man sich vorbereiten zu einem derartigen Zweck, also vorbereiten zur Bildung dieser Leute.

Präs.: In welcher Weise haben Sie bis jetzt diese Tendenz in praktischer Weise verfolgt?

Angekl. Dave: Ich bin von 1866—1877 sehr thätig gewesen in dieser







Berlin, 14. Oktober. Wind: SSW. Wetter: Regnerisch.

Mai 142½ Mark bezahlt, Gefündigt —, Zentner. Regulirungs-  
 preis — Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00:  
 33,00—31,50 M., 0: 30,50—29,50 Mark, 0/1: 29,50—28,50 Mark.  
 — Roggenmehl infl. Sac 0: 27,00—26,00 Mark, 0/1: 26,00—  
 25,00 Mark per Oktober 25,20—25,30 bezahlt, per Oktober = November  
 24,30 — 24,60 bezahlt, per November = Dezember 23,80—24,00 bez., per  
 Dezember = Januar — bezahlt, Januar = Februar — bezahlt, per April =  
 Mai 23,00—23,15 M. bez., per Mai = Juni — bezahlt, per Juni = Juli  
 — bez. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis M. — Delfaaf  
 per 1000 Kilo Winterraps —, — Mark. Winterrüben —, — Mark.  
 — Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 53,0 M., mit Faß 53,3 M.  
 bez., per Oktober 53,8—53,6 M. bezahlt, per Oktober = November 53,8  
 bis 53,6 bez., per November = Dezember 53,8—53,6 Mark bezahlt, per  
 Dezember = Januar —, per Januar = Februar — per April = Mai 55,3  
 bis 55,4—55,3 M. bez., per Mai = Juni — bez., Anmeldungen — M.  
 bez. Gefündigt 2000 Ztr., Regulirungspreis 53,7 M. — Leinöl  
 per 100 Kilo loco — M. — Petroleum per 100 Kilo loco 25,4  
 M., per Oktober 25,0 bez., per Oktober = November 25,0 M. bez., per  
 November = Dezember 25,0 bez., per Dezember = Januar 25,6 M. bez.,  
 Januar = Februar — bez., per April = Mai — bez. Gefündigt — Ztr.,  
 Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loco ohne  
 Faß 56,2 M. bez., per Oktober 56,6—55,8—55,6 M. bez., per Oktbr.  
 = November 53,9—53,7—53,8 Mark bezahlt, per November = Dezember  
 52,7—52,8—52,7 M. bezahlt, Dez. = Januar — bez., Januar = Februar  
 — M. bez., Februar = März — bez., per April = Mai 53,6—53,4—53,5  
 bezahlt, per Mai = Juni — bezahlt. Gefündigt — Liter. Regulirungs-  
 preis — Mark. (B. B. 3.)

228 bis 236 M., weißer 230 bis 240 M. bez., per Oktober 239—238,5  
 Mark bezahlt, per Oktober-November 227,5 Mark Br. und Gd.,  
 per November-Dezember — Mark bezahlt, per April-Mai 223  
 bis 224 Mark bez. — Roggen feiner, per 1000 Kilo loco inlä-  
 ndischer 183 bis 186 Mark bez., geringer — M. bezahlt, per Ab-  
 ladung von Sibau — Bld. trans. — M. cif. bez., per Oktober 187  
 M. bez., per Oktober-November 178—178,5 M. bezahlt, per November-  
 Dezember 173—173,5 M. bezahlt, per April-Mai 167 M. bez.,  
 per Mai-Juni — Mark bezahlt. — Gerste feinst, per 1000  
 Kilo loco geringe 154—160 M., Brau- 166 bis 171 M. bezahlt.  
 — Hafer stille, per 1000 Kilo loco alter pommerischer 150  
 bis 156 M., neuer 142 bis 150 M. bez. — Erbsen ohne  
 Handel. — Weizen ohne Handel, per 1000 Kilo loco Amerikanischer  
 149 M. Br. — Winterweizen still, per 1000 Kilo loco 250  
 bis 255 M., feinsten — M. bez., abgel. Anmeldung — M. bezahlt,  
 per Oktober 251 M. Gd., per Oktober-November 251 M. Gd.,  
 per April-Mai 262 M. Gd. — Winterweizen, per 1000 Kilo loco  
 256 bis 260 M. bezahlt. — Rüböl stille, per 100 Kilo loco  
 ohne Faß bei Kleinigkeiten 55 Mark Br., mit Faß — M. bez., ohne  
 Faß — M. Br., Anmeldungen — M. bez., per Oktober 53,75 M.  
 Br., per Oktober-November 53,75 M. Br., per abgel. Anm. — M.  
 bez., per November-Dezember 53,75 M. Br., per April-Mai 55,5 M. bez.  
 — Spiritus etwas matten, per 10.000 Liter-Pst. loco ohne Faß  
 54,5—54,4 M. bezahlt, mit Faß — M. bezahlt, per Oktober 54,5  
 M. bez. u. Br., per Oktober-November 53,57 M. bez., per November-  
 Dezember 52,5 M. Gd., per April-Mai 52,8 Mark bez., 52,9 Br. u. G.  
 — Angeneibet: 100 Zentner Rüböl. — Regulirungspreise: Weizen  
 238,5 M., Roggen 187 M., Rüböl 53,75 M., Spiritus  
 55,6 M. — Petroleum loco 8,2—8,25 Mark trans. bez., alte  
 Waage — M. tr. bez. (Dfj.-Sta.)

Tendenz, die auch in Kurserhöhungen zum ziffernmäßigen Ausdruck genommen wäre, wenn nur das Geschäft darin einen größeren Umfang angenommen hätte. Bankaktien waren ebenfalls fest, aber still. Industriefapiere wurden wenig in den Verkehr gezogen. Anlagewerthe waren nach wie vor fast ganz geschäftslos. — Per Ultimo notiren: Franzosen 623,50—620, Lombarden 295—293,50—292—289,50, Kreditaktien 638,50—638—641,50—641, Wiener Bankverein 248,50, Darmstädter Bank 172,90—172,40, Diskonto-Kommandit-Antheile 129,75 bis 129,60—131—130, Deutsche Bank 172,20—172,90—172, Dortmunder Union 104,40—104,90—104,50, Laurabütte 127,75—128,10—127,60. Der Schluß war fest. — Diskonten 5½ Prozent Brief.

Berlin, den 14. October 1881.

Eisenbahn-Stamm-Efften.			
Aachen-Maxricht	4	47,75	b3C
Elzengraben	4	188 10	b3

Eisenbahn-Einnahmen.			
Aachen-Maxtricht	4	47,75	b <sub>3</sub>
Altona-Kiel	4	188,10	b <sub>3</sub>
Bergisch-Märkische	4	122,50	b <sub>3</sub>
Berlin-Anhalt	4	135,10	b <sub>3</sub>
Berlin-Dresden	4	19,10	b <sub>3</sub>
Berlin-Görlitz	4	32,00	b <sub>3</sub>
Berlin-Hamburg	4	296,50	b <sub>3</sub>
Bresl.-Schm.-Frbg	4	102,10	b <sub>3</sub>
Coll.-Sorau-Guben	4	22,25	b <sub>3</sub>
Märkisch-Potsdmer	4	33,30	b <sub>3</sub>
Magdeburg-Leipzig	4		
do. do. Lit. B.	4		
Nordhaußen-Grütz	4	28,70	b <sub>3</sub>
Oberholl. Lit. A. u. O.	8 1/2	247,25	b <sub>3</sub>
do. Lit. B.	3 1/2	195,90	b <sub>3</sub>
Pommern-Südabahn	3	61,50	b <sub>3</sub>
Rechte Oderbahn	3	166,75	b <sub>3</sub>

Stargard-Polen	4 1/2	103 00	b 1/2
Thüringische	4	211 75	b 1/2
do. Lit. B. v. St. gar	4	100 10	b 3/4
do. Lit. C. v. St. gar	4 1/2	110 80	b 3/4
Ludwigsh. Verba	4	206 25	b 1/2
Rain-Ludwigsh.	4 1/2	99 30	b 3/4
Wenmar-Geraer	4 1/2	62 00	b 3/4
<hr/>			
Albrechtshahn	5	38 80	G
Amsterd. d. Rotterdam	4	142 10	b 3/4
Nassau-Stadt	4	228 50	b 3/4

Brest-Gajens	5	
Dur-Dobensack	4	152.50 bz
Elisabeth-Berobahn	5	93 40 bz
Raj. Franz Joseph	5	83.30 bz
Gal. Karl Ludwig	5	141.50 bz
Gothard-Bahn 208	6	75.00 bz
Rattchau-Deberg	4	64.60 bz
Nittsch-Limbürg	4	
Deffr.-fr. Staatzb.		
do. Nordm. R.	5	401.50 bz
do. Litt. B. Elb.	4	

Kassl-Waas	5	18,00	⊗
Rumänien	3 $\frac{1}{2}$	62,00	⊗
do. Certifikate	4		
Russ. Staatsbahn	5	139,25	B
do. Südwestbahn	5	64,90	B $\frac{1}{2}$
Schweizer Unionb.	4	48,75	b $\frac{1}{2}$
Schweizer Westbahn	4	32,50	b $\frac{1}{2}$
Südberr. (Komb.)	4		
Turnau-Prag	4	130,60	⊗
Wien-Braunau	4	255,00	b $\frac{1}{2}$

Berlin-Dresden	5	51,60	b <sub>3</sub>
Berlin-Görlitzer	5	96,90	b <sub>3</sub>
Halle-Corau-Sub.	5	93,00	b <sub>3</sub>
Märkisch-Posen	5	114,00	b <sub>3</sub>
Marieb.-Klawke	5	103,10	b <sub>3</sub>
Münster-Enschede	5	21,75	G
Nordhausen-Erfurt	5	96,40	b <sub>3</sub>
Oberlausitz	5	48,40	b <sub>3</sub>
Sels-Gnien	5	47,90	b <sub>3</sub>
Oppreuz. Südbahn	5	96,00	b <sub>3</sub>
Posen-Kreuzburg	5	67,50	b <sub>3</sub>

Oberm. v. 1859	4 1/2	
do. v. 1873	4	100,25 B
do. v. 1874	4 1/2	
Brig.-Reife	4 1/2	
do. Cos.-Oberb.	4	
do.	5	

do.	do.	III.	4 $\frac{1}{2}$	103,00	B
do.	do.	III.	4 $\frac{1}{2}$	103,00	B
Daprent. Südbahn 4 $\frac{1}{2}$					

do.	Litt. B.	4 1/2	
do.	Litt. C.	4 1/2	
Rechter Ober-Rheinische		4 1/2	102,75 G
do.	v. St. gar.	3 1/2	
do.	n. 1858	60 1/2	102,60 G

do.	p. 1865, 60	4	102,00	Ⓓ	
do.	p. 1862, 64	4	102,60	Ⓓ	
do.	p. 1865	4	102,60	Ⓓ	
do.	1869, 71, 73	4	102,60	Ⓓ	
do.	p. 1874, 77	4			
Rh. # Stage n. St. g.			4	103,00	Ⓓ

do.	I.	4 1/2	103,00	8
Schleswiger		4 1/2		
Thüringer	I.	4	100,25	8
do.	II.	4 1/2		
do.	III.	4	100,25	8
do.	IV.	4 1/2	102,50	8

do.	V. 4 $\frac{1}{2}$	102,50	Ⓒ
do.	VI. 4 $\frac{1}{2}$	102,50	Ⓒ

---

**Ausländische Prioritäten.**

Elisabeth-Berndahn	5	87,90	da
Carl-Phil.-Ludwigl.	5	94,25	U
do. do.	II 5	94,25	U
do. do.	III 5	94,25	U
do. do.	IV 5	94,25	U
Gerhard-Siemom	15	81,50	U

do.	II. 5	85,00	⊗
do.	III. 5	82,30	b <sub>3</sub> ⊗
do.	IV. 5	81,80	b <sub>3</sub> ⊗
Nähr.-Schl. C.-B.	fr.	47,00	b <sub>3</sub>
Defferr. Frz.-Stab.	3	377,50	b <sub>3</sub>
		201,00	

Deferr.-Frz.-Stab.	5	104,90	b <sub>3</sub> G
do. II. Ent.	5	104,90	3 b G
Deferr. Nordwest.	5	88,70	b <sub>3</sub> G
Def. Nordwest. Lit. B	5	87,20	B
do. Gelb-Priorit.	5		

Kaschau-Oberb. gar.	5	82,20	b <sub>3</sub> 5
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,10	b <sub>3</sub>
do. do. 1869	5	84,60	b <sub>3</sub>
do. do. 1872	5	84,40	b <sub>3</sub>
Nab.-Graz Br.-K.	4	95,25	b <sub>3</sub>
Präsident-München	5	95,00	b <sub>3</sub>

Steinens. parabolis	3	85,00	B
Südoßterr. (Lomb.)	3	287,20	b <sub>3</sub>
do. do. neue	3	286,75	b <sub>3</sub> G
do. do. 1875	6		
do. do. 1876	6		
do. do. 1877	6		

do.	do.	1878	6	
do.	do.	Oblig.	5	99,70 b <sub>4</sub>
Brest-Grasewo			5	93,00 B
Charlton-Niow g.			5	96,90 B
do. in Bfr. a 20			5	93,10 b <sub>4</sub>
Charl. Dramentich			5	94,00 B

Charl. Wilmont, Jr.	5	94.00	b <sub>3</sub> ⑤
Selez Drel, gar.	5	95.90	b <sub>3</sub> ⑤
Roslow-Woron, gar	5	99.25	⑤
Roslow-Woron, Db.	5	87.70	b <sub>3</sub>
Rursl-Charl. gar.	5	96.20	b <sub>3</sub>
R. Charl. Wj. (Dbl.)	5	86.40	b <sub>3</sub> ⑤

Kursk-Riew, gar.	5	100,40	b <sup>3</sup> 6
Łosowo-Sewast.	5	84,00	6
Mosko-Mtajan, g.	5	103,10	b <sup>3</sup> 6
Mosk.-Smolenski, g.	5	97,10	6
Schuja-Iwanow.	5	95,70	b <sup>3</sup>
Wersch-Tschern.	5	97,70	6

do. kleine, g.	5	99,50	B
Barichau-Wien	11.5	103,25	b3
do.	111.5	103,00	G
do.	IV.5	103,10	b3 G
Bartholomäus	5	73,00	B

1770-1771